

Ausverkauf der Kommunen und Städte stoppen –

Konsequent marktradikaler Freihandelslogik entgegenzutreten!

Die LINKE Hessen spricht sich prinzipiell gegen bereits erfolgte und zukünftige Privatisierungsversuche und Vorhaben der öffentlichen Daseinsfürsorge in den Kommunen und im Land aus. Sie kritisiert den damit immer weiter fortschreitenden Entzug demokratischer Mitbestimmungsrechte des kommunalen Zusammenlebens aufs Schärfste.

Die LINKE Hessen weißt in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Gefahren für die öffentlichen Daseinsfürsorge durch das momentan international zwischen USA, EU und 22 weiteren Staaten verhandelte Freihandelsabkommen TiSA (Trade in Service Agreement) hin. Die Partei lehnt alle Freihandelsabkommen ab, deren Kern beinhaltet Kommunen und Länder zu Privatisierungen öffentlichen Eigentums zu nötigen und/oder demokratische Bestrebungen zur Rekommunalisierungen verbieten zu wollen.

Die LINKE Hessen stellt sich gegen den profitgetriebenen, marktradikalen Geist solcher Freihandelsabkommen und setzt sich für eine Rückführung (teil-)privatisierter Einrichtungen, Institutionen, Betrieben und Dienstleistungen der Daseinsfürsorge in öffentliches und demokratisch verwaltetes Eigentum ein. Sie legt ihren Fokus auf die Bereiche des hessischen Gesundheitswesens, hessischer Bildungseinrichtungen, Versorgung der Einwohner*innen der Städte und Kommunen mit Strom, Wasser, Wohnraum und grundlegend notwendigen Dienstleistungen des alltäglichen Lebens.

Die LINKE Hessen setzt sich öffentlichkeitswirksam gegen das geplante Freihandelsabkommen TiSA ein und unterstützt außerparlamentarische Bündnisse und gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, um sich gemeinsam gegen dieses Freihandelsabkommen stark zu machen.

Die Partei unterstützt darüber hinaus in geeigneter Form kommunale Mandatsträger*innen und Kreisverbände, die gegen TiSA und andere Freihandelsabkommen aktiv werden wollen und lokal in ihren Kommunen den Kampf um demokratische Teilhabe öffentlicher Güter und

Daseinsvorsorge führen. Der Landesvorstand entwickelt hierfür zusammen mit parteiinternen Zusammenschlüssen ein geeignetes Konzept.